

Volksantrag G9-Gesetz

Warum G9?

Vor 18 Jahren verkürzte man in Baden-Württemberg – wie in den meisten anderen Bundesländern – das allgemeinbildende Gymnasium auf 8 Jahre (G8). Die negativen Folgen für das Lernen, die Freizeitgestaltung und die Persönlichkeitsentwicklung unserer Kinder waren gravierend.

Alle anderen westdeutschen Flächenländer kehrten mittlerweile wieder zu G9 zurück – nur Baden-Württemberg nicht.

Dabei sprechen sich in einer repräsentativen Forsa-Umfrage auch in BaWü **über 90%** der Eltern **aller Schularten für den neunjährigen Weg zum Abitur (G9)** als Regelgang mit der Möglichkeit, auf 8 Jahre zu verkürzen, aus. [forsa umfrage zu aktuellen bildungspolitischen themen maerz 2022](#)

Die zunehmende Vereinheitlichung des Abiturs führt zu einer Benachteiligung unserer baden-württembergischen Kinder. Sie haben ein Jahr weniger Zeit als ihre G9-Kollegen aus anderen Bundesländern, müssen in der schriftlichen Abiturprüfung jedoch teilweise die gleichen Aufgaben lösen – und das entsprechend KMK-Beschluss ab dem Abitur 2025 in immer mehr Fächern.

Durch die Corona-Pandemie kam es zu einer weiteren Zuspitzung der Situation, trotzdem wurden über 60.000 Petitionsunterzeichner mit einem Handstreich vom Tisch gewischt. [openpetition.de!/g9jetztbw](#) und [openpetition.de!/aufholjahr](#) (Anmerkung: die Petitionen können nicht mehr gezeichnet werden!)

Weshalb ein Volksantrag zum G9-Gesetz

Wir greifen deshalb zum stärksten Instrument der direkten Demokratie: dem Volksantrag als ersten Schritt hin zu einem Volksbegehren. Hierfür verfassten wir mit juristischer Unterstützung einen Gesetzentwurf „Gesetz zur Einführung des neuen neunjährigen Gymnasiums“

https://g9-jetzt-bw.de/wp-content/uploads/2023/02/Volksantrag_Gesetzentwurf-G9.3-221027.pdf

Unsere Forderungen in Kürze:

- ➔ **Wir fordern schnellstmöglich das neunjährige Gymnasium – mit der Option, bereits in 8 Jahren zum Abitur zu kommen**
- ➔ **auch Schüler der laufenden Klassen 6-10 sollen die Möglichkeit eines zusätzlichen Schuljahres erhalten (Aufholmöglichkeit für Corona-Defizite, da Rückenwind nur ca. 5% der Schüler erreicht hat!)**

Wenn 39 000 Menschen den Volksantrag *händisch* unterschreiben, MUSS sich der Landtag mit dem Thema G9 beschäftigen.

In unserem G9-Konzept wurden auch die praktische Umsetzung und die Kosten bedacht, siehe obigen Link ab Seite 6.

Informationen zum Verlauf des Volksantrags, Pressemitteilungen und Argumente mit Erklärvideos, Presseberichte, Aktionen u.v.m. finden Sie unter <https://g9-jetzt-bw.de>

Wie ist das Konzept des neuen G9?

Für die sofortige Umstellung auf das neunjährige Gymnasium soll die 11. Klasse wieder eingefügt werden. In der Folge kann eine gleichmäßige Verteilung (lineare Streckung) der jetzigen Inhalte des G8-Bildungsplans der Klassenstufen 5 bis 10 auf die Klassenstufen 5 bis 11 vorgenommen werden. Diese Vorgehensweise kann nach Aussage des Philologenverbandes von den Schulen relativ problemlos umgesetzt werden.

Durch die dringende Notwendigkeit, die Wissenslücken zu schließen, die durch den Fernunterricht in der COVID19- Pandemie entstanden sind, soll ein Wechsel zum G9-Bildungsgang auch für die Schülerinnen und Schüler der Klassen 6 bis 10 ermöglicht



werden. Hierdurch soll Zeit zum Nachholen der versäumten Themen und zum Schließen von Wissenslücken geschaffen werden.

Für den Übergang wären die Bildungspläne der 43 G9-Modellgymnasien sofort verfügbar. Spätestens zwei Jahre nach G9-Einführung soll ein neuentwickelter G9-Bildungsplan am allgemeinbildenden Gymnasium in Kraft treten. Die bisherigen Bildungspläne wurden 2016 eingeführt, d.h. nach 10 Jahren stehen ohnehin Anpassungen an.

Da bei der Umstellung auf G8 die Jahreswochenstundenzahl reduziert wurde – die wöchentliche Stundenzahl für die Schüler wäre sonst noch höher geworden – absolvieren die Schüler heute in vielen Fächern (beispielweise auch in Mathematik) weniger Stunden bis zum Abitur als vor 2004.

Um die Bildungsqualität wieder zu erhöhen, sollen 20 zusätzliche Stunden bei den Jahrgängen 5 – 11 eingeführt werden. Die 43 (und eine auslaufende) Modellschule(n) haben derzeit 12 Jahreswochenstunden mehr als die G8 Schüler. Das neue G9 würde auch an diesen Schulen einen Zuwachs von 8 Jahreswochenstunden bedeuten. So können zudem zeitgemäße Anpassungen vorgenommen werden wie etwa die von der KMK empfohlenen zusätzlichen Stunden Informatikunterricht ab der 5. Klasse, die in der derzeitigen Konstellation nur untergebracht werden könnten, wenn in anderen Fächern die Stunden reduziert werden.

Mehrbedarf an Lehrern, Kosten des neuen G9

Unserer Ansicht nach sollte im Zusammenhang mit der Bildung unserer Kinder nicht von Kosten gesprochen werden, sondern von Investitionen in die Zukunft unseres Landes, die sich auszahlen werden. Unsere Gesellschaft wird zunehmend mit komplexeren Herausforderungen (ökologisch, politisch, wirtschaftlich) konfrontiert, die kluge Köpfe und gut gebildete Experten erfordern.

Dem von der Politik stets vorgebrachten Argument, es gäbe nicht genügend Lehrer, kann Folgendes entgegengesetzt werden:

Zum einen stimmt dies für den gymnasialen Bereich so (noch) nicht, hier gibt es lediglich regional begrenzte Engpässe z.B. bei Kunst- oder MINT-Lehrkräften.

Zudem käme es nach Umstellung auf G9 sogar vorübergehend zu einer personellen Entlastung, da die einzelnen G9-Klassen nicht mehr bis zu 36 Wochenstunden Unterricht erhalten, sondern lediglich 30 bis 32, was sich positiv auf den aktuell oft enormen Stundenausfall auswirken kann.

Je nachdem wie viele Schüler aus den Klassen 6 bis 10 sich für ein zusätzliches Jahr entscheiden, wächst der Bedarf an Lehrkräften allmählich auf und erreicht – je nach Szenario – zwischen dem dritten und dem siebten Jahr nach Umstellung sein Maximum s. Begründung im Gesetzentwurf.

Nach unserer Berechnung werden sukzessive gut 1200 zusätzliche Lehrkräfte benötigt. Die Investitionen hierfür belaufen sich auf etwa 100 Millionen Euro jährlich, dies entspricht einer Erhöhung des Haushalts für allgemeinbildende Gymnasien um etwa 5%.

Wir betonen hier, dass es sich um Lehrkräfte handelt, die unseren Kindern vor etwa 19 Jahren gestrichen wurden – im Rahmen einer Reform, die sich nicht bewährte.

Dies klärt auch gleich die Frage, ob es zu räumlichen Engpässen kommen würde: Bis 2004 gab es genug Klassenzimmer für alle G9-Schüler. Ein flächendeckendes G9 würde zudem verhindern, dass die G9-Modellschulen aus allen Nähten brechen und anbauen müssen, während benachbarte Gymnasien ausbluten.

Neunjährige Alternativen

Das G in „G9“ steht für (allgemeinbildendes) Gymnasium, folglich kann man nur am Gymnasium von G9 sprechen.

Es ist wichtig und gut für die Durchlässigkeit, dass andere, neunjährige Bildungswege zum Abitur zur Verfügung stehen, allerdings sind diese KEINE echten Alternativen zum allgemeinbildenden Gymnasium.

Das Gymnasium allein verspricht eine breite und vertiefte Allgemeinbildung, die zu einer guten Studierfähigkeit für das ganze universitäre Fächerspektrum führt.

Die 43 G9-Modellschulen können den Bedarf an G9 nicht decken – hier werden regelmäßig Schüler abgelehnt. Teilweise entscheidet sogar das Los darüber, welches Kind das Glück hat, einen der begehrten Plätze zu bekommen.

Warum sollte man gymnasialempfohlene Kinder zur Entschleunigung erst einmal auf die Realschule oder GMS schicken – zumal gymnasiale Kinder hier nicht ihren Bedürfnissen entsprechend ausreichend gefördert werden können.

Macht es Sinn, dass das berufliche Gymnasium von guten Schülern aus dem allgemeinbildenden Gymnasium zur Entschleunigung und „Abiturkosmetik“ gewählt wird, die schwachen Gymnasiasten hingegen, die nach der 10. Klasse unbedingt wechseln müssten, häufig keinen Platz bekommen? Hintergrund ist, dass zunächst etwa 85% Schüler anderer Schularten aufgenommen werden und für die verbleibenden Plätze dann die Besten der Gymnasiasten ausgewählt werden und nicht diejenigen, die den Wechsel unbedingt benötigten.

Es gibt neun Gemeinschaftsschulen mit gymnasialer Oberstufe. Die Möglichkeit, an dieser Schule das Abitur abzulegen, gibt es erst seit wenigen Jahren, folglich können sich viele Eltern noch kein Urteil über diese Schulart bilden. Überdies führt ein weiterer Ausbau der gymnasialen Oberstufe an den GMS zu einer Dreifachstruktur, nämlich zu einem dritten Weg zum Abitur neben den allgemeinbildenden und den beruflichen Gymnasien – und dies mit fraglicher Akzeptanz bei den Eltern.

Aktueller Stand

Der Volksantrag stieß bei Eltern und Medien auf eine breite Resonanz, seit dem 12.11.22 kann unterschrieben werden.

In vielen Regionen fanden sich sehr schnell aktive Eltern, die in ihrem schulischen Umfeld, aber auch z.B. auf Weihnachts- oder Wochenmärkten, Fußgängerzonen oder Parkplätzen von Supermärkten Unterschriften sammeln.

Mittlerweile konnten wir ein tragfähiges Netz von Ansprechpartnern aufbauen, das weiterhin wächst. <https://g9-jetzt-bw.de/karte-ansprechpartner/#karte>

Das Verfahren des Volksantrags ist – vom Land vorgegeben – sehr aufwändig, da für jeden Unterzeichner auf dem Formblatt seine Wahlberechtigung amtlich bestätigt werden muss.

Leider läuft es hier auch nach über 5 Monaten nicht rund. Immer wieder wird uns berichtet, dass Sachbearbeiter in Bürgerbüros oder Rathäusern nicht mit dem Vorgehen vertraut sind und Unterzeichner des Volksantrags teilweise unverrichteter Dinge wieder nach Hause schicken.

Zuletzt wurden Formblätter abgelehnt, da nicht alle Vornamen der Unterzeichner eingetragen waren, obwohl das Eintragungsfeld auf dem amtlichen Formblatt mit „Vorname“ im Singular bezeichnet ist. An anderer Stelle unterrichtete man den Unterzeichner, dass er das Formblatt nun entsorgen könnte, da seine Teilnahme im System vermerkt wäre. Andernorts werden Formblätter nur nach Vorlage des oder der Personalausweise bearbeitet.

Dies ist – rund sieben Jahre nach Einführung des baden-württembergischen Volksabstimmungsgesetzes – nicht akzeptabel!

Die konkrete Zahl an aktuell bereits geleisteten Unterschriften können wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht ermitteln. Wegen des oben beschriebenen Vorgehens liegen die meisten Stapel an unterschriebenen Formblättern entweder noch bei den Aktiven oder auf den Ämtern.

Und natürlich gibt es unterstützende Gruppen, von deren Aktivität wir erst erfahren, wenn bei uns die Stapel an Formblättern eingehen.

Wir sind sehr zuversichtlich, die 39 000 Formblätter zusammenzubekommen.

Reaktionen der Politik

Bereits Ende Dezember äußerte sich Herr Poreski, der bildungspolitische Sprecher der Grünen, zur „Flexiblen Oberstufe“, seinem favorisierten Modell einer Verlängerung der Gymnasialzeit und eröffnete hiermit die Schulstrukturdebatte.

Diese angebliche G9-Variante entspricht allerdings nicht den Vorgaben der KMK und löst überdies kein einziges der G8-bedingten Probleme unserer gymnasialen Schüler, da der Unterricht der Klassen 5 bis 10 nach wie vor unverändert im G8-Modus stattfinden würde – mit allen bekannten Problemen und negativen Auswirkungen. **Sie ist in unseren Augen KEIN akzeptables Konzept für eine Gymnasialverlängerung.**

Mit dieser Stellungnahme wurde der im Koalitionsvertrag formulierte Vorsatz, nicht über die Schulstruktur zu sprechen, aufgekündigt. Nicht nur wir interpretieren dies als Bereitschaft, die Diskussion darüber nun doch aufzunehmen. Dies ist ein erster Erfolg des G9-Volksantrags.

SPD und FDP unterstützen den Volksantrag offiziell, genau wie zahlreiche kleinere Parteien. Mittlerweile gibt es einige Bezirks- und Ortsgruppen verschiedener Parteien (SPD, CDU, FDP, ÖDP, Freie Wähler, Volt), die ganz aktiv Unterschriften sammeln, denn sie alle haben gemerkt, dass Baden-Württemberg in Sachen G8 keine Enklave bleiben darf.

Corinna Fellner und Anja Plesch-Krubner
Initiative G9 jetzt! BW
volksantrag@g9-jetzt-bw.de

